

nahmen der DDR einheitlich zu leiten, den Schutz der sozialistischen StaatSr und Gesellschaftsordnung zu organisieren und die für die Landesverteidigung notwendigen Maßnahmen festzulegen, wurde Anfang 1960 der Nationale Verteidigungsrat geschaffen.⁷⁶ Zugleich schuf die Volkskammer den Ständigen Ausschuß für nationale Verteidigung. Mit dem Verteidigungsgesetz vom 20. 9.1961 (GBl. I S. 175) wurden schließlich die staatsrechtlichen Grundlagen für die Landesverteidigung in umfassender Weise gelegt. Auf der Regelung in § 1 des Gesetzes zur Änderung der Verfassung vom 26. 9.1955 (GBl. I S. 653) aufbauend, bestimmte das Verteidigungsgesetz den Dienst zum Schutz des sozialistischen Vaterlandes und der Errungenschaften der Werktätigen als staatsbürgerliche Ehrenpflicht. In Übereinstimmung damit erging am 24.1.1962 das Wehrpflichtgesetz (GBl. I S. 2).

Für die Entwicklung der Staatsmacht ergaben sich mit dem *Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse* in den Jahren 1961/1962 neue Bedingungen und Erfordernisse. In der Industrie bestand das sozialistische Eigentum nicht nur an den bedeutendsten Produktionsmitteln, sondern es dominierte auch seinem absoluten Umfang nach eindeutig. In der Landwirtschaft war im Frühjahr 1960 die Bildung sozialistischer Produktionsgenossenschaften abgeschlossen worden. Auch in den anderen Bereichen der Volkswirtschaft hatten die sozialistischen Produktionsverhältnisse feste und bestimmende Positionen. Der sozialistische Staat konnte sich nunmehr auf seiner eigenen sozialökonomischen Basis entwickeln. Die soziale Struktur der Gesellschaft hatte sich in bedeutendem Maße gewandelt. Durch den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse war die Bourgeoisie als Klasse beseitigt, jedoch existierten noch eine Zeitlang in beschränktem Umfang kapitalistische Produktionsverhältnisse, die endgültig mit der Umwandlung der privaten und halbstaatlichen Industriebetriebe in sozialistisches Eigentum im Jahre 1972 überwunden wurden. Ferner ist zu beachten, daß sich mit der Beseitigung der Ausbeuterklasse deren ehemalige Angehörige ideologisch nicht automatisch in die sozialistische Gesellschaft integrieren. Ihre politischen und gesellschaftlichen Bewußtseinsstrukturen wirken noch lange Zeit fort.

Die Klassenstruktur zeichnete sich durch die Existenz der Arbeiterklasse, der sich entwickelnden Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und anderer werktätiger Schichten aus.

Für das weitere Voranschreiten der DDR war die zuverlässige *Sicherung der Staatsgrenzen gegenüber der BRD und Westberlin* durch die Maßnahmen vom 13. 8.1961 unerläßlich und bedeutungsvoll. Damit wurde einerseits den Versuchen des imperialistischen Gegners, in der DDR den Boden für konterrevolutionäre Aktionen zu bereiten, ein Riegel vorgeschoben und andererseits eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um die ökonomischen Gesetze des Sozialismus voll zur Wirkung zu bringen und Störungen der Volkswirtschaft durch imperialistische Kräfte einzudämmen.⁷⁷

76 Vgl. Gesetz über die Bildung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR vom 10. 2. 1960, GBl. I S. 89.

77 Im Beschluß des Ministerrates zur Sicherung der Staatsgrenze heißt es: „Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der